

### Interpellation

**0668** Schärer, Bern (GB)

Weitere Unterschriften: 6

Eingereicht am: 10.02.2003

#### **Erschwert die kantonale Gesetzgebung Massnahmen gegen die Lehrstellenkrise?**

Mit voller Wucht schlägt die Wirtschaftskrise wieder auf den Lehrstellenmarkt durch. Immer mehr Jugendliche finden keine Lehrstelle.

Auch im Kanton Bern geht das Angebot zurück und es zeichnet sich im kommenden Sommer eine prekäre Situation ab. Darum sind jetzt Massnahmen gefragt. Eine mögliche Massnahme ist der Ausbau des 10. Schuljahres. Im kürzlich revidierten Berufsbildungsgesetz wurde aber als Sparmassnahme neu eine Zulassungsbeschränkung für das 10. Schuljahr verankert. Nur noch maximal 20 Prozent aller Schulabgängerinnen und -abgänger können das 10. Schuljahr besuchen.

Der Regierungsrat wird darum gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie hat sich die Lehrstellensituation im Kanton Bern in den letzten fünf Jahren entwickelt? Wie hat sich die Zahl der Schulabgängerinnen und -abgänger aus der obligatorischen Volksschule sowie die Zahl der Abgängerinnen und Abgänger aus dem 10. Schuljahr im gleichen Zeitraum (letzten fünf Jahre) entwickelt?
2. Die sich abzeichnende Lehrstellenkrise macht auch vor dem Kanton Bern nicht Halt. Das 10. Schuljahr ist eine Möglichkeit, die Jugendlichen nach der Schule nicht auf der Strasse stehen zu lassen. Mit welcher Zunahme der Nachfrage nach dem 10. Schuljahr rechnet der Regierungsrat in diesem und den folgenden Jahren?
3. Auf dem Höhepunkt der letzten Lehrstellenkrise waren es mit 2800 Jugendlichen fast 30 Prozent, die im Kanton Bern das 10. Schuljahr besuchten. Was gedenkt der Regierungsrat den Jugendlichen anzubieten, die wegen der seither eingeführten Zulassungsbeschränkung im 10. Schuljahr keinen Platz mehr finden werden?
4. Die sich abzeichnende Lehrstellenkrise wird bedeuten, dass sich viele Jugendliche nicht ausbilden können. Damit wird diesen Jugendlichen der Einstieg in das Berufsleben äusserst erschwert oder gar verunmöglicht. Ist der Regierungsrat bereit, angesichts dieser sich abzeichnenden Notsituation die Zulassungsquote mit einer Revision des Berufsbildungsgesetzes aufzuheben?
5. Laut Auskunft des Berufsbildungsamtes (Bund vom 4.2.2003) zeichnet sich auch 2003 ein Rückgang der Lehrstellen in technischen Berufen wie Polymechniker oder Informatiker ab. Heute bieten nur 17 Prozent der Betriebe überhaupt Lehrstellen an. Ist der Regierungsrat bereit, sofort ein aktives Lehrstellenmarketing zu finanzieren, wie es be-

reits in einigen Städten und Kantonen angekündigt worden ist, um das Lehrstellenangebot zumindest zu stabilisieren?

6. Ist der Regierungsrat bereit, sich beim Bund für einen weiteren Lehrstellenbeschluss einzusetzen, weil die Mittel im Lehrstellenbeschluss II bereits erschöpft sind, und das neue Berufsbildungsgesetz erst am 1. Januar 2004 in Kraft treten wird?
7. Welche weiteren Massnahmen gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen?

*Es wird Dringlichkeit verlangt.*

*Gewährt: 13.02.2003*

### **Antwort des Regierungsrates**

Wie die Interpellantin richtig feststellt, wirkt sich die aktuelle Wirtschaftslage negativ auf das Angebot an Lehrstellen aus. Insbesondere exportorientierte Unternehmen und Branchen welche von starken Restrukturierungen gezeichnet sind, wie die Informatik und der Dienstleistungsbereich, mussten teilweise ihre Lehrstellen reduzieren. Andererseits sind auch kleine und mittlere Gewerbebetriebe aufgrund der unsicheren Lage im Nahen Osten zurückhaltend in der Besetzung von Lehrstellen. Erfahrungsgemäss lassen sich verlässliche Aussagen zur Situation erst Ende April machen. Verschiedene Indikatoren wie die Anzahl Abschlüsse von Lehrverträgen oder die Anmeldungen zu den berufsvorbereitenden Schuljahren (BVS; vormals 10. Schuljahre) deuten darauf hin, dass die Situation weniger schlimm sein dürfte als mitte der neunziger Jahre. Zu den einzelnen Fragen nimmt der Regierungsrat wie folgt Stellung:

#### **Frage 1**

1997 wurden 8500 Lehrverträge abgeschlossen. Aufgrund der Offensiven von Verwaltung und Wirtschaft im Rahmen der Lehrstellenbeschlüsse 1 und 2 wurde das Angebot an Lehrstellen und damit auch die neuen Lehrverträge auf 1998 um fast zehn Prozent gesteigert. Die Situation konnte in den letzten Jahren mehr oder weniger stabil gehalten werden bei 9150 bis 9300 neuen Lehrverträgen pro Jahr. Im letzten Jahr musste ein Rückgang von zirka 3 Prozent verzeichnet werden. Die Zahl der Schulaustretenden aus der Volksschule blieb seit 1998 ziemlich stabil. Die Schülerzahl an den BVS bzw. 10. Schuljahren ist seit 1998 um 2.5% zurückgegangen, sie liegt heute bei 2'269. Bezogen auf die Zahl der Schulaustretenden im Jahr 2002 entspricht dies einer Quote von 22 Prozent. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Vorlehren von 258 auf heute 156 zurückgegangen (bzw. 1.5% der Schulaustretenden).

#### **Frage 2**

Die Berufsvorbereitenden Schuljahre haben zum Ziel, Jugendliche auf eine Ausbildung vorzubereiten und bestehende Defizite aufzuholen. Sie eignen sich deshalb nur bedingt für Jugendliche, die ihre Berufswahl getroffen haben, aber mangels Angebot keine Lehrstelle finden. Derzeit werden 130 BVS-Klassen geführt. Diese Zahl könnte auf maximal 139 Klassen erhöht werden (so im Budget und Finanzplan vorgesehen). Die Anmeldefrist ist mitte März abgelaufen. Zu diesem Zeitpunkt haben sich lediglich 50 Jugendliche mehr angemeldet als im Vorjahr. Somit müsste das Kontingent 2003 nicht ausgeschöpft werden. Grundsätzlich sollte die Zahl der BVS-Klassen in den kommenden Jahren nicht weiter erhöht werden, da eigentliche Lerndefizite bereits in der Volksschule behoben werden müssten. Im Rahmen der Bildungspolitik der kommenden Jahre wird es insbesondere auch darum gehen, die Schnittstelle zwischen Sekundarstufe I und Sekundarstufe II in diesem Sinne zu optimieren.

#### **Frage 3**

Wie in Frage 2 dargelegt, sind die BVS bzw. 10. Schuljahre keine Notmassnahmen für stellenlose Jugendliche. Dafür sind die Vorlehren konzipiert: Die Jugendlichen arbeiten während drei Tagen in der Woche in einem Betrieb und besuchen während zwei Tagen die

Schule. Diese Massnahme wird erst kurzfristig im Sommer, aufgrund der effektiven Anzahl stellenloser Jugendlicher, gestartet. Ziel ist es, bis dann möglichst viele Jugendliche in den regulären Angeboten zu platzieren. Das Mittelschul- und Berufsbildungsamt betreibt in enger Koordination mit den Sozialpartnern und den Berufsverbänden ein gezieltes, bedürfnisorientiertes Lehrstellenmarketing. Damit sollen neue Lehrstellen in Branchen erschlossen werden, welche in den letzten Jahren einen Rückgang verzeichnet haben und andererseits aber auf gut qualifizierten Nachwuchs angewiesen sind. Ab mitte Juni bis Ende August wird zudem eine Hotline für Jugendliche angeboten. Sie erhalten dort Auskünfte über offene Lehrstellen und Zwischenlösungen.

#### **Frage 4**

Wie in den vorhergehenden Fragen aufgezeigt, dienen die BVS bzw. 10. Schuljahre der Behebung von Bildungsdefiziten im Hinblick auf eine weiterführende Schule oder eine Berufslehre. Eine höhere Zulassungsquote würde die Problematik für die Jugendlichen nicht grundsätzlich lösen, sondern lediglich verschieben. Vielmehr geht es darum, die Aktivitäten im Lehrstellenmarketing gemeinsam mit den Sozialpartnern und Berufsorganisation noch wirkungsvoller zu gestalten. Zudem müssen die neue Bildungssystematik im Gesundheits- und Sozialwesen (neue Ausbildungen auf Sekundarstufe II) und die neue zweijährige berufliche Attestausbildung (vormals Anlehre) möglichst rasch umgesetzt werden. Dadurch können neue Lehrstellen geschaffen werden. Für Notsituationen ist, wie oben erwähnt, die Vorlehre bestens geeignet.

#### **Frage 5**

Seit dem Lehrstellenbeschluss 1 ist das Lehrstellenmarketing ein fester Bestandteil im Kerngeschäft des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes. Dabei wird allerdings nicht ein flächendeckendes Marketing betrieben, sondern ein gezieltes, bedürfnisorientiertes. So werden beispielsweise in diesem Jahr besondere Anstrengungen im Bereich des Laborpersonals, der Polymechnik und der kaufmännischen Ausbildung unternommen (im Zusammenhang mit der KV-Reform). Das Lehrstellenmarketing in der Informatik ist derzeit Bestandteil des Projektes i-be und soll in den nächsten Jahren im Rahmen der ordentlichen Budgetmittel institutionalisiert werden. Der Regierungsrat legt Wert auf die Feststellung, dass das Lehrstellenmarketing nicht eine primäre Aufgabe des Staates ist, sondern dass hier vor allem auch die Wirtschaftsverbände gefordert sind. Deshalb pflegt das Mittelschul- und Berufsbildungsamt einen engen Kontakt zu den Sozialpartnern und Berufsverbänden.

#### **Frage 6**

Der Regierungsrat erachtet einen weiteren Lehrstellenbeschluss als das falsche Instrument, um den Lehrstellenmarkt nachhaltig weiterzuentwickeln. Vielmehr gilt es jetzt, möglichst rasch das neue Berufsbildungsgesetz in denjenigen Bereichen umzusetzen, welche sich positiv auf die Lehrstellensituation auswirken. Es sind dies vor allem die rasche Umsetzung der neuen Bildungssystematik in den Gesundheitsberufen, die Einführung der Attestausbildung und die Förderung von Innovationsprojekten.

#### **Frage 7**

Die Erziehungsdirektion verfolgt die Entwicklung auf dem Lehrstellenmarkt sehr aufmerksam. Wie erwähnt werden als Auffangmassnahmen im Sommer kurzfristig Vorlehren bereitgestellt. Diese können haushaltneutral – im Rahmen von Voranschlag und Finanzplan - und ohne Änderung der Rechtsgrundlagen angeboten werden, da andererseits weniger Berufsschulklassen geführt werden müssen. Im weiteren steht die Erziehungsdirektion in engem Kontakt mit den Sozialpartnern. Im Berufsbildungsrat wird die Situation laufend beurteilt. Sollten sich zusätzliche Massnahmen aufdrängen, so könnte die Erziehungsdirektion dem Regierungsrat relativ kurzfristig ein entsprechendes Paket vorlegen. Auf Bundesebene werden in einer Task force allfällige Sondermassnahmen geprüft.

#### **An den Grossen Rat**